

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Oskar Anweiler

Zur pädagogischen Entwicklung
in der Sowjetunion
fünfzig Jahre nach der Revolution

Vilmos von Zsolnay

Die Wissenschaft
im Kommunismus

B 41/67

11. Oktober 1967

Oskar Anweiler, Dr. phil., ord. Professor für Pädagogik an der Universität Bochum, geb. 29. September 1925 in Rawitsch (Posen).

Veröffentlichungen u. a.: Die Rätebewegung in Rußland 1905—1921, Leiden 1958; Die sowjetische Bildungspolitik seit 1917. Dokumente und Texte (zusammen mit K. Meyer), Heidelberg 1961; Geschichte der Schule und Pädagogik in Rußland vom Ende des Zarenreiches bis zum Beginn der Stalin-Ära (Erziehungswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Bd. 1), Heidelberg 1964.

Vilmos von Zsolnay, Dr. phil., geboren 1934 in Szombathely/Ungarn; Teilnehmer am ungarischen Volksaufstand, Flucht nach Österreich; Studium an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz; seit 1960 Lehrbeauftragter an der Universität Mainz; Promotion 1963.

Veröffentlichungen u. a.: Die Entstehung der ungarischen Literatur unter Matthias Corvinus, Köln — Detroit — Wien 1962; Johann von Hunyady und die Verteidigung Belgrads, Koblenz 1967; Die Wissenschaft in Osteuropa, Mainz 1967; zahlreiche Zeitschriftenaufsätze und Rundfunkbeiträge.

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt gern entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 2,— monatlich bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5,50 zuzüglich Verpackungs- und Portokosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Zur pädagogischen Entwicklung in der Sowjetunion fünfzig Jahre nach der Revolution

Erziehungsorientierte Gesellschaft

Es gehört heute fast zu den Gemeinplätzen der öffentlichen Meinung in nahezu allen Ländern, die Bedeutung der Schule, Bildung und Erziehung für die ökonomische Entwicklung und den sozialen Fortschritt hervorzuheben. Die entwickelten Gesellschaften in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind ebenso wie die Entwicklungsländer erziehungsorientiert in einem Maße, wie das im 18. Jahrhundert bestenfalls für die Fürsten des aufgeklärten Absolutismus und die Zirkel der Pariser Intellektuellen galt. Die geistigen Ströme der Aufklärung mit ihrem pädagogischen Optimismus und den auf eine Volksbildung breiten Stils gerichteten Bemühungen haben erst in unseren Tagen einen weltweiten Sieg errungen; das Postulat einer „Demokratisierung der Bildung“, so vieldeutig es für sich genommen auch sein mag, markiert den Zusammenhang von pädagogischen und gesellschaftlichen Zielen und Bestrebungen in eindrucksvoller Weise. Auf der Suche nach einprägsamen Formeln für das Charakteristische unserer Epoche hat man daher nicht zufällig den Begriff der „Bildungsgesellschaft“ geprägt, womit zum Ausdruck gebracht werden soll, daß Erziehung und Bildung in ihren vielfältigen Formen und Institutionen das Leben des einzelnen wie der ganzen Gesellschaft in einem bisher nicht gekannten Ausmaß bestimmen und künftig womöglich noch stärker bestimmen werden.

Die Sowjetunion ist zusammen mit den USA, Japan und einigen europäischen Ländern, wie Schweden, Frankreich, der „DDR“ oder Polen, derjenige Staat, in dem diese öffentliche Wertschätzung von Schule und Bildung am stärksten in Erscheinung tritt. Im Unterschied zu denjenigen westeuropäischen Ländern, in denen erst in jüngster Zeit Regierung und Par-

lament sich der Bedeutung von Schulen und Hochschulen für die öffentliche Wohlfahrt tatsächlich und nicht nur in Worten bewußt geworden sind, kann man in Rußland seit Beginn der kommunistischen Herrschaft die von der politischen Führung des Landes proklamierte und praktisch in Angriff genommene Aufgabe einer im weitesten Sinne *pädagogischen Umgestaltung* als ein Hauptmerkmal der sowjetischen Gesellschaft ansehen. Sowjetische Politiker und Pädagogen haben immer wieder die fundamentale Rolle der Erziehung

Vilmos von Zsolnay:

Die Wissenschaft im Kommunismus S. 12

in den Plänen für eine Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft und für einen schließlichen Sieg des Kommunismus betont.

Es liegt nahe, nach einem halben Jahrhundert der Sowjetmacht in Rußland nach einigen Resultaten dieses pädagogischen Engagements zu fragen, das Erreichte an dem Gewollten zu messen, die gefundenen Lösungen zu überprüfen und die neu entstandenen Probleme wenigstens anzudeuten. Dabei kann es hier nicht darum gehen, die interessante, wenn auch schwierige Frage nach dem internationalen Standard des sowjetischen Bildungswesens zu beantworten; es kommt vielmehr darauf an, die pädagogische Entwicklung in ihrem geschichtlichen und gegenwärtigen Zusammenhang mit der politischen und gesellschaftlichen Struktur darzulegen und damit einen Beitrag zu der allgemeinen „Bestandsaufnahme“ des Sowjetsystems in Rußland 50 Jahre nach der Revolution zu leisten.

Dynamische Entwicklung des russischen Erziehungswesens vor 1917

Die erste, oft gestellte und unterschiedlich beantwortete Frage wendet sich der *Ausgangsbasis* zu, die von der Kommunistischen Partei zum Zeitpunkt der Oktoberrevolution von 1917 in Rußland vorgefunden wurde. Die offizielle sowjetische Kulturpropaganda zeichnet naturgemäß ein düsteres Bild des zaristischen Erbes; dabei wird ebenso die hohe Quote der Analphabeten (1917 nach zuverlässigen Schätzungen etwa 60% der Bevölkerung im Alter über 8 Jahre) angeführt wie der fehlende Elementarschulunterricht für knapp die Hälfte der Kinder zwischen 8 und 12 Jahren, ganz zu schweigen von der Diskriminierung der nichtrussischen Nationalitäten im Schulwesen und den sozialen Schranken beim Zugang zu den höheren Bildungseinrichtungen. So unleugbar diese Tatsachen für sich genommen sind, so unzulässig ist es, den Fortschritt des sowjetischen Bildungswesens in erster Linie an dem zahlenmäßigen Aufschwung zu messen. Abgesehen davon, daß in den meisten sowjetischen Darstellungen die Vergleichszahlen über den vorrevolutionären Stand des Bildungswesens vom 1. Januar 1914 stammen und damit die beträchtlichen Fortschritte ignoriert werden, die trotz des Weltkrieges bis 1917 erzielt wurden, verstellt der Blick auf fixe Daten (z. B. 1914 — 1927 — 1940 usw.) die Erkenntnis von der *dynamischen Entwicklung des russischen Schul- und Hochschulwesens* und der steigenden Zuwachsrate, die in dem Jahrzehnt vor 1917 einen Höhepunkt erreicht hatte. Revolution und Bürgerkrieg brachten dann für nahezu ein Jahrzehnt bei der Einfüh-

rung der allgemeinen Schulpflicht und der Erweiterung des Schulnetzes einen Rückschlag gegenüber den Plänen der zaristischen Unterrichtsverwaltung, der erst in den dreißiger Jahren überwunden werden konnte.

Wenn somit in dem quantitativen Ausbau des Bildungswesens die Frage berechtigt ist, ob das Sowjetregime tatsächlich für sich in Anspruch nehmen kann, den zahlenmäßigen Aufschwung der Schulen, Hochschulen usw. seinem eigenen politischen Konto gutzuschreiben, da zweifellos jenes Wachstum auch unter anderen politischen Verhältnissen aufs ganze gesehen kaum geringer gewesen wäre, so sieht es anders aus, wenn wir die Frage nach den durch die Revolution bewirkten *Veränderungen in der Struktur des Bildungswesens* und ihren soziologischen Konsequenzen ins Auge fassen. Die „pädagogische Revolution“ in den ersten Jahren der Sowjetmacht bezweckte u. a. eine Überwindung der standes- bzw. klassengebundenen Struktur des alten Bildungssystems, die im übrigen schon gegen Ende der Zarenzeit im Gange war und von dem vorletzten Unterrichtsminister, Graf Ignatjew, planmäßig betrieben wurde. Die werdende bürgerliche Gesellschaft in Rußland schuf sich ihre bürgerliche Schule, die keine geburtsständischen Privilegien kannte und jedem das formale Recht auf freien Zutritt zu allen Bildungsstufen gewährte — so etwa kennzeichnete Lenin diese Entwicklung, die er als „ein Glied im Prozeß der allgemeinen und allseitigen Europäisierung Rußlands“ begrüßte.

Drei Phasen sowjetischer Bildungspolitik

Die *sozialistische Schulrevolution* ging darüber hinaus: Sie suchte einerseits durch die Proklamation der Einheitsschule (Oktober 1918) die alte Trennung von Volksschule und höherer Schule aufzuheben, sie unternahm es zum anderen, durch eine politische und soziale Auslese nach Klassenkriterien eine radikale „*Demokratisierung der Bildung*“ nicht im formalrechtlichen, sondern im *sozialrevolutionären* Sinn durchzuführen. Die 1919 bis 1940 geschaffenen und vorhandenen Arbeiterfakultäten stellen hierfür das charakteristischste Beispiel dar. Die staatliche Bildungspolitik stellte sich hier zum erstenmal in den Dienst

der gesellschaftlichen Revolution; ähnlich, wenn auch mit teilweise anderen Methoden, geschah das nach 1945 in den osteuropäischen Staaten. In der Sowjetunion selbst brachten die Jahre 1928 bis 1933 den Höhepunkt der „Proletarisierung“ der Hochschulen, wie die Kampagne amtlich bezeichnet wurden. In der Reform von 1958, die Chruschtschow inspirierte, kann man in gewissem Sinne ein Wiederanknüpfen an diese Ziele erblicken, als man bestrebt war, für die meisten Studenten eine zweijährige Produktionspraxis einzuführen.

Es bleibt die Frage nach den Resultaten dieser bildungspolitischen Maßnahmen, die einen gesellschaftspolitischen Zweck verfolgten. Damit berühren wir das umfassende *Problem der sozialen Schichtung* im heutigen Sowjetrußland. Sofern die Bildungsinstitutionen daran beteiligt sind — und ihre Rolle nahm ständig zu —, wird man sagen können, daß sie sowohl einen dynamischen als auch einen stabilisierenden Effekt ausübten. Im Unterschied zum alten Rußland, wo die Art und Dauer der Schulbildung nur einer von mehreren Faktoren war, die den gesellschaftlichen Rang des einzelnen bestimmten, nahm in der Sowjetunion — übrigens ähnlich wie in den demokratischen Gesellschaften des Westens — die Schul- bzw. Hochschulbildung (neben der politischen Zuverlässigkeit und manchmal sogar vor ihr) spätestens seit Mitte der dreißiger Jahre den wichtigsten Platz in der Reihe der sozialen Statusmerkmale ein. *Dynamisch* war diese Entwicklung insofern, als dank der genannten politischen und administrativen Maßnahmen eine erhebliche soziale Mobilität eintrat, so daß die neue sowjetische Intelligenzia zu einem beträchtlichen Teil tatsächlich aus Arbeiten und Bauern hervorging, wenn auch die amtliche Statistik über die soziale Zusammensetzung der Hochschüler, die nur bis 1938 reicht, sicher nicht ein genaues Spiegelbild der Wirklichkeit darstellt.

Die erste Phase der sowjetischen Bildungspolitik kann man als *egalitär-demokratisch und proletarisch-revolutionär* bezeichnen, die Ära Stalins (von der Mitte der dreißiger Jahre bis zur Mitte der fünfziger Jahre) als Periode einer *differenziert-demokratischen* Bildungspolitik mit der Tendenz zur Stabilisierung der neuen sowjetischen sozialen Schichtung. Das 1934 eingeführte, dreifach gestufte allgemeinbildende Schulwesen erhielt die Aufgabe, von jeder Stufe aus (nach der vierjährigen Grundschule, der Siebenjahresschule und der zehnjährigen Mittelschule) auf die weitere Fach- oder Hochschulbildung oder eine praktische Berufsausbildung vorzubereiten und die soziale Mobilität in bestimmte, den Bedürfnissen der Planwirtschaft und der „Kaderpolitik“ möglichst adäquate Bahnen zu lenken.

Das Bildungssystem wirkte insofern *stabilisierend* auf die neue sowjetische Sozialstruktur. Zusammen mit der Einführung von Schulgeld und Studiengebühren sowie dem Dekret über die Arbeitsreserven (beides 1940) trat eine deutliche Trennung zwischen den nur über eine weiterführende Schul- und Hochschulbildung erreichbaren Berufen der Intelligenz und den ausführenden Arbeiterberufen in Industrie und Landwirtschaft ein. Es läßt sich leicht feststellen, daß die Struktur des sowjetischen Bildungswesens in den vierziger Jahren in allen wesentlichen Punkten mit den Plänen des schon erwähnten Unterrichtsministers Ignatjew von 1915 übereinstimmte — ein Indiz für den oft behaupteten „bürgerlichen“ Charakter der russischen Revolution, insofern damit ein langfristiger sozialer Wandel gemeint ist.

Der in den Reformen Chruschtschows von 1958 sichtbar gewordene Versuch einer „Reproletarisierung“ des Bildungswesens im Zeichen einer Gleichheitsideologie, die sich am Ideal einer klassenlosen Gesellschaft orientierte, wirkte demgegenüber anachronistisch. Die propagierte und in Angriff genommene „Verbindung der Schule mit dem Leben“ in Gestalt einer obligatorischen Ausbildung *aller* Jugendlichen in der Produktion übersah den erreichten Reifegrad der sowjetischen Gesellschaft, die aus Gründen ihrer eigenen Funktionsfähigkeit ein zunehmend differenziertes Ausbildungssystem benötigt. Von dem Schulsystem der vorangegangenen Periode konnte es nicht den Sprung in ein kommunistisches Utopia mit dem Wechsel von Lernen und Arbeit, der kollektiven Internatserziehung und den Wohnkommunen geben, sondern nur den kontinuierlichen Ausbau der allgemeinen Schulbildung, ihre innere Differenzierung nach den großen Kultur- und gesellschaftlichen Arbeitsbereichen und die Verbesserung der mittleren und höheren Spezialistenausbildung. Das sowjetische Bildungssystem der späten sechziger Jahre steht damit vor ähnlichen Problemen, wie sie in anderen entwickelten Industriegesellschaften ebenfalls auf der Tagesordnung sind.

Der quantitative Stand des sowjetischen Bildungswesens

Bevor wir uns einigen dieser Probleme zuwenden, muß knapp auf den eingangs erwähnten *quantitativen Stand des Bildungswesens in der UdSSR* eingegangen werden. Die amtliche sowjetische Statistik stellt hierfür zwar eine nicht unbedeutende Fülle von Daten bereit, aber dieses Material bedarf oft der genauen Aufschlüsselung und natürlich der Interpretation.

Schätzungsweise befindet sich auf Grund der amtlichen Angaben etwa ein Fünftel der Kinder unter 7 Jahren in Vorschuleinrichtungen. 1963/64 erhielten 44 % der 15jährigen und 33 % der 17jährigen eine Sekundarschulbildung, sei es in der zehnjährigen Mittelschule, sei es in den Abend- oder Schichtschulen. 1965 gab es folgende Zahlen von Absolventen im allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulwesen:

Zehnjahresschulen	900 000
Mittlere Fachschulen	600 000
Beruflich-technische Schulen	873 000
Abend- und Schichtschulen	450 000

(Quellen: Narodnoe obrazovanie 11/1965, S. 1—7; Prawda 26. 7. 1965, 7. 1. 1966; Professional'no-techničeskoe obrazovanie 6/1965, S. 1).

Die Struktur des Fach- und Hochschulwesens sah 1965/66 wie folgt aus:

I. Mittlere Fachschulen			3 820
		Zahl (in Tausend)	Prozent
1. Fachschüler			
Tagesunterricht	1 835		50,1
Abendunterricht	628		17,2
Fernunterricht	1 196		32,7
insgesamt	3 659		100,0

2. <i>Aufnahmen</i>	Zahl (in Tausend)	Prozent
Tagesunterricht	581,8	52,9
Abendunterricht	170,1	15,5
Fernunterricht	347,8	31,6
insgesamt	1 099,7	100,0

3. <i>Absolventen</i>		
Tagesunterricht	332,8	53,5
Abendunterricht	104,7	16,9
Fernunterricht	184,0	29,6
insgesamt	621,5	100,0

II. Hochschulen

1. <i>Studenten</i>		
Tagesunterricht	1 584	41,0
Abendunterricht	569	14,8
Fernunterricht	1 708	44,2
insgesamt	3 861	100,0

2. <i>Aufnahmen</i>		
Tagesunterricht	378,4	44,3
Abendunterricht	125,2	14,7
Fernunterricht	350,1	41,0
insgesamt	853,7	100,0

3. <i>Absolventen</i>		
Tagesunterricht	224,8	55,6
Abendunterricht	43,5	10,8
Fernunterricht	135,6	33,6
insgesamt	403,9	100,0

(Quelle: Narodnoe chozjaj'stvo SSSR v 1965 g. Moskva 1966, S. 688—699)

Ausdehnung der Sekundarschulbildung

Nachdem in der Sowjetunion die allgemeine Schulpflicht im Jahre 1958 gesetzlich auf acht Jahre erhöht worden ist und trotz aller fortbestehenden Mängel als im ganzen durchgeführt angesehen werden kann, konzentrieren sich die Bemühungen des nächsten Jahrzehnts auf die *Ausdehnung und Verallgemeinerung*

der vollen Sekundarschulbildung. Der Kurs auf eine volle mittlere Schulbildung im Umfang von zehn Jahren für alle Jugendlichen ist von dem XXIII. Kongreß der KPdSU (1966) als wichtigste schulpolitische Direktive bis 1970 beschlossen worden. Dieser generelle Beschluß, der im übrigen an eine schon 1952 auf

dem XIX. Parteitag verkündete Zielsetzung anknüpfte, birgt eine Fülle von Problemen und notwendigen Entscheidungen in sich. Die *sowjetische Bildungsplanung* wird damit vor neue Aufgaben gestellt. Sie verfügt zwar über Erfahrungen im administrativen Bereich, steht jedoch in der Anwendung neuer wissenschaftlicher Planungsmethoden erst am Anfang und muß nunmehr vor allem den komplizierter gewordenen sozialökonomischen Prozeß, einschließlich der subjektiven Faktoren (Ausbildungswünsche und Bildungsbarrieren), die sich oft einer exakten Voraussage und Planung entziehen, in ihre Arbeit einbeziehen.

Als wichtigste Frage stellt sich die nach der *Struktur der Sekundarschuloberstufe*, das heißt den im Anschluß an die achtjährige Pflichtschule weiterführenden Bildungswege im Rahmen der postulierten zehnjährigen allgemeinen Schulzeit. Während einerseits der weitere Besuch der allgemeinbildenden Zehnjahrschule als Hauptweg (man spricht von 75 bis 80 % der entsprechenden Altersgruppe) angesehen wird, sollen die Aufnahmequoten in die beruflich-technischen Schulen, die keine Hochschulreife verleihen, und in die mittleren Fachschulen (Technika) ebenfalls beträchtlich erhöht werden. Hier sind in den bisher bekanntgewordenen Planungen *Disproportionen* vorhanden, die eine baldige Lösung verlangen. Ein wahrscheinlicher Ausweg besteht darin, daß sich eine wachsende Zahl von Berufsschulen und Fachschulen auf Absolventen der allgemeinbildenden Zehnjahrschule umstellen wird, wobei dann die Dauer der beruf-

lichen Spezialbildung entsprechend reduziert werden kann.

Durch die Ausdehnung der allgemeinen Schulzeit auf zehn Jahre wird auch das Verhältnis dieser breiten Sekundarschule zu der daran anschließenden Hochschule stark beeinflusst. Obwohl sich die sowjetische allgemeinbildende Mittelschule seit der Revolution als Einheitsschule und nicht als selektive, auf die Hochschulstudien vorbereitende Schule gymnasialen Typs verstanden hat, blieb sie faktisch bis in die fünfziger Jahre ihrem ganzen Zuschnitt nach eine Vorbereitungsanstalt auf ein anschließendes Hochschulstudium. Eine wesentliche Änderung trat im Zusammenhang der Schulreform von 1958 ein, als der — um ein Jahr verlängerten — Mittelschule zusätzlich die Aufgabe einer beruflichen Vorbildung und elementaren Berufsausbildung übertragen wurde. Es wurde außerdem für 80 % der Studienbewerber der Nachweis einer zweijährigen praktischen Tätigkeit vorgeschrieben. Diese Maßnahmen bezweckten eine Entlastung der Hochschulen von dem Druck der wachsenden Bewerberzahl und gleichzeitig eine bessere Lenkung der Nachwuchskräfte in nicht-akademische Berufe. Der erste Zweck wurde teilweise erreicht, die zweite Absicht mißlang nahezu völlig. Die überwiegend negativen Erfahrungen mit der Produktionsausbildung der Mittelschüler führten dann im August 1964 zu einer ersten Revision und im November 1966 zur endgültigen Aufgabe des Versuchs, bereits der allgemeinbildenden Sekundarschule genau umschriebene berufliche Ausbildungsaufgaben zu übertragen.

Wege zum Hochschulstudium

Indessen ist damit das Problem, wie das *Verhältnis von allgemeiner Sekundarschule und Hochschule* geordnet werden soll, noch nicht gelöst. Je mehr junge Menschen bis zum 17. oder 18. Lebensjahr die Schule besuchen, um so höher wird auch der Anteil derjenigen, die ein Hochschulstudium aufnehmen wollen. Der Ausdehnung des Hochschulwesens sind jedoch finanzielle, materielle und personelle Grenzen gesetzt. Somit wird eine stärkere Auslese notwendig, die eine höhere Ablehnungsquote mit sich bringt. Daraus erwachsen neue Probleme individueller und gesellschaftlicher, auch ökonomischer Natur.

Aus diesem Dilemma schien sich ein Ausweg anzubieten, der in der Reform von 1958 ver-

sucht worden ist. Es handelt sich um den verstärkten *Ausbau des Abend- und Fernstudiums* bei einer Drosselung der Zuwachsrate des normalen Tagesstudiums. Der Anteil der Abend- und Fernstudenten stieg von 43,2 % im Studienjahr 1956/57 auf 59 % im Jahre 1965/66. Es hieß sogar, daß 1980 etwa vier Fünftel der Studenten zu dieser Gruppe gehören würden. Indessen erwachsen hier neue Probleme. Die Kenntnisse der Studienanfänger „ohne Loslösung von der Produktion“ waren nach mehrjähriger Unterbrechung einer intellektuellen Ausbildung meistens unzureichend, die Ausfallquote wegen der starken Belastung (trotz mancher Vergünstigungen) hoch, die Kosten infolgedessen keineswegs gering und die Qua-

lität der Absolventen im allgemeinen niedriger als die der Vollstudenten. Schon 1965 erkannte man klar, daß die Hochschulen ihre Aufgabe der *Ausbildung* von Spezialisten in dem normalen Tagesstudium besser erfüllten und daß es sich bei dem Abend- und Fernstudium künftig vor allem um eine wissenschaftliche *Fortbildung*, eine Höher- und Umqualifizierung in der Praxis Tätiger handeln mußte.

Die sowjetische Hochschule wird infolgedessen die Selektion bei der Aufnahme verschärfen müssen, wenn sie ihren wissenschaftlichen Standard halten und den wirtschaftlichen Möglichkeiten, die eine unbegrenzte Expansion verhindern, Rechnung tragen will. Das bestandene Eintrittsexamen in die Hochschule und nicht mehr das Abschlußzeugnis der allgemeinbildenden Mittelschule wird immer mehr zu dem wichtigsten „Berechtigungsschein“ in einem Bildungssystem, das eine maximale Erweiterung der Sekundarschulbildung anstrebt, auf einen qualifizierten, wissenschaftlich gebildeten Nachwuchs aber ebensowenig verzichten kann.

Hier eröffnen sich interessante und außerordentlich weitreichende Perspektiven. Schon heute geht von der eben beschriebenen relativen Verengung der Zugangsmöglichkeiten zur Hochschule — bei einer zahlenmäßig noch steigenden Aufnahmequote — ein gewisser Druck auf die oberen Klassen der Sekundarschule aus. Diejenigen Absolventen der zehnjährigen Mittelschule haben bessere Eintrittschancen in die Hochschule, die schon in den oberen Klassen einen qualifizierteren Unterricht erhalten haben. Das geschieht zweifellos in den seit mehreren Jahren in raschem Wachstum begriffenen *Mittelschulen mit einem besonderen „Profil“*, das heißt solchen Schulen, in denen bestimmte Fächer (vor allem Naturwissenschaften, aber auch Fremdsprachen) verstärkt unterrichtet werden, sowie in

den auch amtlich als *Spezialschulen* bezeichneten Anstalten für mathematisch besonders begabte Jugendliche, die an Universitäten und Forschungsinstituten errichtet wurden. Hier ist das erklärte Ziel, frühzeitig den hervorragend Begabten eine überdurchschnittliche Förderung auf einem Spezialgebiet zuteil werden zu lassen, hier wird vor allem die Differenzierung nach Neigungen und Interessen betont. Ältere Formen sind die Musik- und Kunstschulen, die schon Kinder vom 7. Lebensjahr an aufnehmen. Durch den im November 1966 beschlossenen fakultativen Unterricht in den Oberklassen der Mittelschule erhält auch die Normal- schule die Möglichkeit, den für alle Schüler verbindlichen Lehrplan durch Wahlfächer nach individueller Neigung zu ergänzen.

Die pädagogisch bedeutsame Neuerung der *Differenzierung des Unterrichts* könnte angesichts der vorhin geschilderten Situationen, die sich aus der Selektionsbarriere beim Eintritt in die Hochschule ergeben, ungewollte, aber kaum vermeidbare Nebenwirkungen soziologischer Natur erzeugen. Schon heute genießen die verschiedenen Mittelschulen mit „Profil“ und die Spezialschulen ein hohes Prestige, und zwar naturgemäß besonders bei den Eltern, die „bildungsbewußt“ sind, selbst der gebildeten Schicht angehören und ihren Kindern ein Studium ermöglichen wollen. Wohlwollende, aber zugleich distanzierte Beobachter der sowjetischen Schulentwicklung haben daher darauf hingewiesen, daß sich das allgemeinbildende Schulwesen in der Sowjetunion *dualistisch* auseinander entwickle: in eine Schule für die „Begabten“ und eine für die „Massen“, die als weniger begabt gelten. Damit aber werde durch die Schule die soziale Schichtung, die heute wesentlich auf Ausbildungsdiplomen beruht, verfestigt, anstatt, wie es den gesellschaftlichen Idealen des Kommunismus entspricht, gemildert und schließlich ganz aufgehoben zu werden.

Pragmatische Bildungspolitik

Ohne in dieser Frage voreilige Prognosen aufstellen zu wollen, läßt sich als *Resultat einer fünfzigjährigen Bildungspolitik* feststellen, daß 1. die allgemeine Sekundarschulbildung für die Jugend bis zum 17. Lebensjahr in der Sowjetunion neben den USA und Japan am weitesten gediehen ist, 2. damit jedoch keine uniforme, sondern eine sich zunehmend differenzierende Schulbildung verbunden ist,

3. diese Differenzierung diktiert wird von der Notwendigkeit, eine wissenschaftliche und technische „Elite“ heranzubilden und 4. hieraus Spannungen entstehen zwischen dem gesellschaftspolitischen Gleichheitsideal und den realen Entwicklungstendenzen, die eine Schichtung nach Bildungsstufen (damit aber auch nach dem Einkommen usw.) bewirken. Die sozial-utopischen Elemente der kommunisti-

schen Pädagogik und Bildungspolitik, die 1917 mächtig waren, haben endgültig einer *pragmatischen*, aber deswegen nicht minder dynamischen Bildungspolitik Platz gemacht, der es in erster Linie auf die Leistungsfähigkeit des Bildungswesens im Hinblick auf den wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Fortschritt ankommt. Das ist im übrigen eine Einstellung, wie sie heute überall auf der Welt vorherrscht.

Die kommunistische Pädagogik der Revolutionszeit war beflügelt von dem *Ideal eines „neuen Menschen“* in einer neuen Gesellschaft. Die produktive Funktion der Utopie, das gegebene gesellschaftliche Sein zu transzendieren, um einer besseren Zukunft wegen, verband sich mit jener jedem erzieherischen Handeln innewohnenden Blickrichtung auf die künftige individuelle Gestalt; in Makarenskos „Perspektive“ verschmolz beides ineinander. Wenn man nach den Ergebnissen der pädagogischen Entwicklung in Sowjetrußland fragt, kann man diese Seite nicht außer acht lassen. Die einfache Antwort, daß der „neue Sowjetmensch“ bis heute noch nicht geschaffen ist und daher das Illusionäre jener überspannten

Erwartungen eines Lunatscharskij oder Trotz-kij erwiesen sei, verdeckt allzuleicht das eigentliche Problem, inwieweit nämlich ein halbes Jahrhundert sowjetischer Wirklichkeit tatsächlich einen „neuen“ Menschen produziert hat — nicht im Sinne abstrakter ideologischer Klischees, sondern als gesellschaftliche Realität.

Freilich ist hier die Gefahr bloßer Spekulationen groß, ebenso die einer Verallgemeinerung partieller Eindrücke und Beobachtungen. Indessen lassen sich zumindest die Kräfte und Faktoren nennen, die von seiten der Erziehungspolitik und der Pädagogik dazu beigetragen haben, den von niemandem bestrittenen Wandel der Verhaltensweisen, Lebensformen und Gesinnungen der in den nachrevolutionären Verhältnissen aufgewachsenen Menschen zu bewirken. Inzwischen kommt schon die dritte Generation ins schulpflichtige Alter, während die „Kinder der Revolution“, die heute über Fünfzigjährigen, sich in ihren Berufen und Positionen des Ansturms der zweiten, um 1935 geborenen Generation ausgesetzt sehen.

Die Rolle der Familie

Schule, Jugendorganisation und Familie — diese drei Erziehungsinstitutionen waren an jenem Umformungsprozeß ebenso beteiligt, wie zwei von ihnen nach 1917 ihre alte Rolle selbst nicht unverändert weiterspielten. Die *Familie* hat sich nach einer Periode ideologischer Anfeindung gleich nach 1917 als „Keimzelle“ des gesellschaftlichen Lebens behauptet. Heute — nach der zweiten, schwächeren ideologischen Infragestellung der Familie unter Chruschtschow — wird ihr primärer Erziehungsauftrag nicht bestritten. Die *Internatschulen*, die 1956 zum Modell einer künftigen allgemeinen gesellschaftlichen Jugenderziehung proklamiert wurden, stellen keine Alternative, sondern nur eine Ergänzung der Elternerziehung dar, dort wo dies nötig ist. Das „Familienkollektiv“, etwa im Sinne von Makarenskos „Buch für Eltern“, ist in einer idealen Form der zuverlässigste Garant der echten sowjetischen Erziehung; allerdings haben die begonnenen familien-soziologischen Forschungen auch erwiesen, daß die durchschnittliche sowjetische Familie von jenem Idealbild weit entfernt ist. Die *Vorschulerziehung* stellt, bei allen auch hier schon einflie-

ßenden politischen Elementen, ebenfalls eine familienergänzende Einrichtung dar; allerdings bedarf es zur Beurteilung der Funktion der sowjetischen Vorschulerziehung in ihrem Verhältnis zur Elternerziehung noch genauerer Untersuchungen.

Die Rolle des elterlichen Milieus für den Bildungsweg und die Berufswahl der Jugendlichen ist nicht minder bedeutsam als die erzieherische Funktion der sowjetischen Familie. Wie schon erwähnt, machen sich die sozialen Unterschiede des Elternhauses bei den tatsächlichen Bildungschancen des einzelnen durchaus bemerkbar; die begonnenen bildungssoziologischen Untersuchungen über die Ausbildungs- und Berufsabsichten schulentlassener Jugendlicher haben die starke Prägung durch die Familientradition aufgezeigt. Die Familie wirkt, wie es scheint, oft nachhaltiger, als es die *Schule* vermag, obwohl diese in der sowjetischen pädagogischen Theorie als die eigentliche zentrale Bildungs- und Erziehungsstätte vom schulpflichtigen Alter an gilt.

Es gehört zu den unbestrittenen Leistungen der sowjetischen Macht, daß sie Rußland in

ein Land der Schulen und Hochschulen verwandelt hat, so sehr man auch die Vorleistung der Volksbildungsbewegung vor 1917 hervorheben muß. Die *Revolutionspädagogik* suchte die Schule von Grund auf zu reformieren; unterrichtsmethodische Neuerungen im Sinne der internationalen Reformpädagogik, ein polytechnisches Bildungsprogramm, das die Gedanken von Karl Marx mit der Industrialisierung Rußlands zu verknüpfen suchte, und der Gedanke einer sozialen Erziehung, der keineswegs nur einem politischen Kollektivismus huldigte — dies waren die Hauptideen der frühsowjetischen Schulreform. In

der Periode der „Stabilisierung“ der Schule seit 1931/32 traten jene modernen und revolutionären Gedanken völlig zurück, während sich mit der Ausdehnung und Erstarrung des Stalinschen Totalitarismus auch die Schule in ein Instrument der geistigen Indoktrination und Kontrolle verwandelte. Die Schulen und Hochschulen sollten ein uniformes politisch-ideologisches Grundwissen und ein spezialisiertes Leistungswissen vermitteln und damit eine *totalitäre politische Massenkultur* erzeugen, die qualifizierte Fachleute und patriotische Staatsbürger, aber nicht unabhängige Geister und kritische Menschen kennt.

Gibt es den „neuen Menschen“?

Als entscheidendes Erbe des Vierteljahrhunderts Stalinscher Herrschaft kann auf erzieherischem Gebiet der *sowjetische Patriotismus* angesehen werden. Der „neue Mensch“ im Sinne der kommunistischen Revolutionsutopie verwandelte sich in den sowjetischen Bürger, der in einem viel stärkeren Maße, als es die Bolschewiki 1917 für möglich hielten, zugleich die Verhaltensweisen des alten zaristischen Untertanen übernahm. Das bürokratisch-totalitäre System selbst verhinderte es, daß die Tugenden des „neuen Menschen“ als einer allseitig entwickelten, freien und solidarischen Persönlichkeit keimen und aufblühen konnten. Der Appell an den Sowjetpatriotismus erwies sich als realistischer. In den dreißiger Jahren verband er sich mit dem Industrialisierungsprogramm, im Zweiten Weltkrieg mit der Verteidigung des „sozialistischen Vaterlandes“ gegen den fremden Aggressor. Durch die Ideologie des Sowjetpatriotismus konnte auch die notwendige historische Kontinuität wiederhergestellt und vor allem der jeweils heranwachsenden Generation das Gefühl dieser Kontinuität vermittelt werden. Der Geschichts- und Staatsbürgerkundeunterricht in den Schulen erblickt darin seine wichtigste Aufgabe.

Im Unterschied zu Schule und Eternhaus hat, wie es scheint, fünfzig Jahre nach der Revolution die *kommunistische Jugendorganisation* vieles von ihrer pädagogischen Wirksamkeit eingebüßt. Am Anfang war es umgekehrt: Der Komsomol und die Pionierorganisation stellten die eigentlichen neuen revolutionären Erziehungskräfte dar, die gegenüber der konservativen Familie und der sich nur langsam wandelnden Schule den Vorrang im kommunistischen Erziehungsprogramm beanspruchten. Die

„heroische Zeit“ des Komsomol, die heute in legendärer Verklärung der Jugend als Vorbild hingestellt wird, gehört indessen unwiderruflich der Vergangenheit an. Die Massenorganisationen der Jugend haben sich in eine Mischform von politisch-gesellschaftlicher Aktivität und organisierter Freizeitgestaltung verwandelt. Für die übergroße Mehrheit der sowjetischen Jugend sind sie ein Teil ihrer Lebenswirklichkeit, aber als planmäßige „Schulen des Kommunismus“ wird man sie kaum mehr bezeichnen können, so sehr die Funktionäre der Jugendverbände daran festhalten möchten. Die Aushöhlung der ursprünglichen politischen Ideologie und des revolutionären Erziehungsprogramms läßt sich am Funktionswandel des Komsomol deutlich ablesen.

Die *sowjetische Jugend* wird auf dem Roten Platz in Moskau und in Hunderten von Städten fünfzig Jahre nach der Oktoberrevolution jenes historische Ereignis durch Aufmärsche, Kundgebungen und Feste gebührend feiern. Sie selbst, die heutigen Schüler, Studenten und jungen Fabrik- und Landarbeiter, sind ein Produkt der Erziehung in einer Gesellschaft, die sich von den Revolutionsidealen immer mehr entfernte, je näher sie ihnen nach den Voraussagen der politischen Ideologie kommen sollte. Deswegen ist es möglich, hinter der oft beschworenen Fassade der „Einheit des politischen und moralischen Bewußtseins“ in der Sowjetgesellschaft auf die durchaus differierenden Werthaltungen innerhalb der Jugend hinzuweisen. Abhängig von Familientradition, Bildungsstand, sozialer Umwelt, beruflichem Wirkungskreis und nicht zuletzt persönlicher Entscheidung offenbart die sowjetische Wirklichkeit unterschiedliche, zum Teil

sehr extreme Verhaltensweisen und Einstellungen unter der Jugend, ähnlich wie in anderen Gesellschaften dies der Fall ist. Die von der sowjetischen Pädagogik in den letzten Jahren immer stärker erhobene Forderung nach einer Individualisierung der Erziehung und des Unterrichts, ihre wachsende Ablehnung eines mechanischen Kollektivismus, den man der Vergangenheit vorwirft, und schließlich jene im kulturellen Leben sich langsam Bahn brechende, wenn auch immer noch gehemmte Vielfalt geistiger Positionen kennzeichnen die pädagogische Situation ein halbes Jahrhundert nach der Oktoberrevolution.

Literaturhinweise

Oskar Anweiler — Klaus Meyer (Hrsg.), Die sowjetische Bildungspolitik seit 1917. Dokumente und Texte, Heidelberg 1961.

Oskar Anweiler, Geschichte der Schule und Pädagogik in Rußland vom Ende des Zarenreiches bis zum Beginn der Stalin-Ära, Berlin-Heidelberg 1964.

Dietrich Geyer (Hrsg.), Wissenschaft in kommunistischen Ländern, Tübingen 1967.

Nigel Grant, Schule und Erziehung in der Sowjetunion, Bern 1966.

Boris Meissner (Hrsg.), Sowjetgesellschaft im Wandel, Stuttgart 1966.

Die Wissenschaft im Kommunismus

Es wird — relativ gesehen — in keinem Staat der Welt so viel für die Förderung der Wissenschaften und des Schul- und Erziehungswesens ausgegeben wie in den kommunistisch regierten Ländern. Ihre großen Anstrengungen fallen besonders dann auf, wenn man den niedrigen Lebensstandard dieser Völker berücksichtigt. Um den Lebensstandard zu heben, so behaupten die Ideologen, muß sich die wissenschaftliche Forschung dem nationalen Plan unterordnen. Die Wissenschaft wird also in den Dienst der wirtschaftlichen Entwicklung

und der ideologischen Indoktrination der Bevölkerung gestellt. In jüngster Zeit erhält sie sogar als Rechtfertigung und Grundlage der Außenpolitik immer noch zunehmende Bedeutung. Das ist der Grund, warum vor allem die Naturwissenschaften gefördert werden, von den Geisteswissenschaften hingegen nur diejenigen, die für die ideologische und politische Zielsetzung des Staates wichtig sind, nämlich: Geschichte, Rechtswissenschaft, Politische Ökonomie, Sozialwissenschaften und vor allem, verständlicherweise, Marxismus-Leninismus.

Die „dienende Rolle“ der Wissenschaft

Für den Begriff Wissenschaft gibt es im Marxismus-Leninismus zwei Definitionen:

1. „Allgemeine soziale Produktivkraft“,
2. „unmittelbare Produktivkraft“.

Diese beiden Begriffe werden — wie es in der jetzigen philosophischen Literatur heißt — oft verwechselt bzw. gleichgestellt, obwohl sie keinesfalls die gleiche Bedeutung haben. Der erste Begriff weist nur auf die soziale Natur der Wissenschaft hin, der zweite auf die in der Produktion schon angewandte Wissenschaft*). Aus diesen Feststellungen geht deutlich hervor, daß sich die östliche Betrachtung über Wissenschaft und wissenschaftliche Forschung grundsätzlich von der westlichen Auffassung unterscheidet. Nach östlicher These sind Ideologie und Wissenschaft untrennbar. Bei den Naturwissenschaften ist der Kontakt zwar nicht so eng wie bei den Geisteswissenschaften, aber auch die Naturwissenschaften müssen weltanschaulich ideologisch ausgerichtet sein.

Nach der kommunistischen Ideologie muß die Wissenschaft materialistisch sein; sogar die Naturwissenschaften könnten nur auf der dialektischen materialistischen Weltanschauung beruhen. Der wichtigste Unterschied zwischen Natur- und Geisteswissenschaften sei nur, daß

die Naturwissenschaften keine direkte Beziehung zur Partei und Klassengesellschaft hätten. Die marxistisch-leninistische Ideologie gibt sich als wissenschaftliche Ideologie, das heißt, alle Wissenschaften müssen mit ihr verbunden sein.

Die Ostblockstaaten lehnen die These der „reinen Wissenschaft“, der „Wissenschaft für die Wissenschaft“, grundsätzlich ab und ersetzen diese durch die der „Wissenschaft für das Volk“. Wissenschaft und Wissenschaftler dürfen — laut kommunistischer Ideologie — nicht objektiv sein, zumindest nicht im Sinne der „bürgerlichen Objektivität“. Eine solche Objektivität sei nur für die bürgerliche Reaktion vorteilhaft, wobei zu betonen sei, daß der Marxismus-Leninismus zwischen „Objektivität“ und „parteilicher Objektivität“ eine grundsätzliche Unterscheidung macht.

Laut Ideologie muß die Wissenschaft „parteilich“, das heißt parteigebunden, von der Partei geleitet und kontrolliert sein — genau so wie alle übrigen Elemente des ideologischen „Überbaus“. Die Lenkung der Wissenschaft durch die Partei ist eine wichtige Garantie der Parteigebundenheit der wissenschaftlichen Arbeit. Sie geht von der materialistischen Weltanschauung aus und stützt sich auf den dialektischen und historischen Materialismus. Es ist die Parteilichkeit, die die rasche Entwicklung der Wissenschaft garantiert.

Nach Auffassung der ostzonalen Wissenschaftler ist es die Partei, die durch richtungswei-

*) Quellen-Angaben befinden sich in dem vom gleichen Autor verfaßten Werk: Die Wissenschaft in Osteuropa, Mainz 1967. Diese Studie ist eine kurze Zusammenfassung der erwähnten umfangreichen Arbeit.

sende historische Beschlüsse Ziel, Zweck und Inhalt der historischen Forschung bestimmt. Der Präsident der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, František Sorm, vertrat 1965 die Meinung:

„Die Partei leitet die wissenschaftliche Forschung, damit sie deren Resultate der Menschheit zur Verfügung stellt. Die Parteiorgane müssen die Entwicklung der Wissenschaften nicht nur im allgemeinen, sondern auch operativ leiten und lenken.“

Daraus ergibt sich, daß die Partei die Wissenschaftler in der freien Forschung einengt. Ausgangspunkt und Endresultat sind festgelegt. Allen wissenschaftlichen Arbeiten müssen die marxistisch-leninistische Dialektik und der historische Materialismus als Grundlage dienen. Dies bedeutet, daß auch die Forschungsmethoden und Gesichtspunkte für die Interpretierung der Erscheinungen schon im voraus bestimmt sind.

Der Wissenschaftler muß eine „parteiliche Objektivität“ — statt der „bürgerlichen Objektivität“ — anstreben. Die „parteiliche Objektivität“ schließt den sogenannten „idealistischen Objektivismus“ grundsätzlich aus.

Während der Allunionskonferenz der Sowjethistoriker im Frühjahr 1963 deutete Ponomorew den Begriff „parteiliche Objektivität“ folgendermaßen:

„Als Kriterium der Parteilichkeit der Geschichtswissenschaft dient ihr politischer Inhalt; dieser hängt davon ab, inwieweit der Historiker seine Arbeit zu einem notwendigen, wirksamen und nützlichen Teil der allgemeinen Arbeit und des allgemeinen Kampfes des von der Kommunistischen Partei geleiteten Volkes macht.“

Ein Angriff gegen den Grundsatz der Parteigebundenheit in der wissenschaftlichen Arbeit kommt einem Angriff gegen das Volk, einem Versuch, dem Volk ein wirksames Instrument zum Umbau der Gesellschaft aus der Hand zu schlagen, gleich. Entscheidend für die Wissenschaft ist die Ideologie der Partei.

Nach kommunistischer Auffassung ist es die Parteigebundenheit der Wissenschaft, welche die genaue Aufdeckung der Gesetzmäßigkeiten in der Geschichte, in der Gesellschaft und in der Natur ermöglicht.

In dem Bericht über den IX. polnischen Historikerkongreß, der im September 1963 in Warschau stattfand, heißt es:

„Die politische Einstellung des Forschers zugunsten des Sozialismus dient in der Geschichtswissenschaft“ — und selbstverständlich auch in den übrigen Zweigen der Wissenschaft — „als Hauptbedingung der Parteilichkeit und der Objektivität, und zwar im Sinne der parteilichen Objektivität.“

In der SBZ nimmt die Partei die Geschichtswissenschaft unmittelbar in den Dienst der politischen Kampfaufgaben. Die Geschichtsschreibung in der Sowjetzone hat zur Konsolidierung des Regimes in der SBZ beizutragen und vor allem sogenannte wissenschaftlich begründete Argumente für Propagandaangriffe gegen die Bundesrepublik zu liefern.

Aber nicht nur die wissenschaftliche Forschung muß parteigebunden sein. Auch die Bibliotheken, die Archive, die Justiz, die Staatsverwaltung und auch die Literatur, Kunst, Musik usw. sind an den Grundsatz der Parteilichkeit gebunden. Diese kommt besonders bei den Sozialwissenschaften, die die Aufgabe haben, die Klassenbeziehungen zu untersuchen, zum Ausdruck.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei definierte in seiner Sitzung, die Anfang Dezember 1965 in Prag stattfand, den Begriff „Parteilichkeit“ folgendermaßen:

„Parteilichkeit ist die Wahrheit selbst. Die Wahrheit über die Gesellschaft ergreift für den Sozialismus Partei. Und deshalb ist die Forderung nach Parteilichkeit der Sozialwissenschaften die Forderung nach Wahrheit über die Gesellschaft und nach systematischem Kampf gegen den Idealismus der bürgerlichen Wissenschaften, die, gleich welcher Gestalt — gewollt oder ungewollt —, die Wahrheit über die Gesellschaft in wesentlichen Fragen verbirgt und verschleiert.“

Es ist bekannt, daß die Sozialwissenschaft — wie alle Wissenschaften — in der Stalin-Ära stark vom Dogmatismus betroffen war und daß in dieser Zeit das Prinzip der Parteigebundenheit der wissenschaftlichen Erkenntnisse verzerrt und versimpelt worden ist. Die Partei hat jetzt — so behaupten die KP-Ideologen — die Möglichkeit der Überwindung des Dogmatismus in den Sozialwissenschaften geschaffen.

„Einige Historiker, Philosophen und Ästhetiker waren bestrebt, den Kampf der Partei um die Überwindung der Folgen des Personenkultes zu entstellen und die prinzipielle parteimäßige Kritik zu mißbrauchen. Sie ermöglichten unter dem Deckmantel des Kampfes gegen

den Dogmatismus das Eindringen und die Verbreitung von Ansichten und Konzeptionen, die dem Marxismus-Leninismus feindlich gegenüberstehen. Die Hauptgrundlage dieser Mängel besteht in der Tatsache, daß einige Wissenschaftler in ihren Arbeiten nicht von den Klassenpositionen der Arbeiterschaft ausgehen und dem kleinbürgerlichen Individualismus und Subjektivismus unterliegen" — heißt es in dem Beschluß des ZK der KPČ vom 22. 12. 1964.

Die Partei hat also die Aufgabe, die Wissenschaftler davon zu überzeugen, daß sie durch ihren „Subjektivismus“ nur die schädlichen Einflüsse der bürgerlichen Ideologie fördern und damit den Aufbau des Sozialismus erschweren. Der Aufbau des Sozialismus soll in erster Linie von der Sozialwissenschaft gefördert werden. Aus diesem Grunde läßt sich in letzter Zeit eine große Aktivität auf dem Gebiet der Sozialwissenschaft feststellen. Es wird in allen Ostblockstaaten zugegeben, daß diese Wissenschaft sehr vernachlässigt wurde. Akademiestandmitglied Tibor Erdei-Gruz urteilt (1965) über die Entwicklung der Sozialwissenschaften in Ungarn folgendermaßen:

„Tatsächliche Möglichkeiten für eine schöpferische, marxistisch-leninistische Förderung der Sozialwissenschaften entstanden erst nach 1953. Diese positive Entwicklung wurde aber als Folge des konterrevolutionären Putsches (gemeint ist der Volksaufstand von 1956) zum Stillstand gebracht. Erst nach der Niederwerfung der Konterrevolution nahm die Entwick-

lung der Sozialwissenschaften eine prinzipiell richtige Entwicklungslinie auf und seitdem wird diese Linie verfolgt. Die Sozialwissenschaften sind bei der Bekämpfung des Revisionismus und Dogmatismus behilflich. Die Sozialwissenschaftler studieren immer tiefgreifender die sozialwissenschaftliche, politische und kulturelle Praxis im Lande und entdecken die Gesetzmäßigkeiten der sozialen Entwicklung.“

Die Wissenschaft muß also der Partei und ihrer Politik dienen und beim „sozialistischen“ bzw. „kommunistischen“ Aufbau behilflich sein. Wie der ehemalige Leiter der ideologischen Kommission des Zentralkomitees der KPdSU, L. E. Iljitschew, beim Treffen der führenden Persönlichkeiten von Partei und Regierung mit den Schriftstellern und Künstlern 1962 erklärte, ist die Freiheit für das literarische, künstlerische und für das wissenschaftliche Schaffen nur so weit garantiert, als sie nicht gegen die Parteipolitik und die Interessen des kommunistischen Aufbaus mißbraucht wird. „Es gibt bei uns vollständige Freiheit zum Kampf für den Kommunismus. Aber es gibt keine und es kann keine Freiheit zum Kampf gegen den Kommunismus geben.“

Die KPdSU verlangt in diesem Sinne rasche und vollständigste Umwandlung der Wissenschaft in unmittelbare „Produktivkraft“. Diese kommt als indirekte Produktivkraft durch die Mehrleistung der Werktätigen, die sich die wissenschaftlichen Errungenschaften aneignen, zum Ausdruck.

Widerspenstige Wissenschaftler

Allerdings deuten mehrere Beispiele darauf hin, daß das kommunistische Regime erhebliche Schwierigkeiten dabei hat, den Wissenschaftlern die Parteigebundenheit aufzuzwingen. Der polnische Parteichef Gomułka tadelte auf dem XIII. Plenum des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (Sommer 1963) diejenigen Wissenschaftler, die eine „Entpolitisierung“ der wissenschaftlichen Forschung gefordert hatten, Parteilichkeit und Wissenschaftlichkeit (und zugleich auch die Objektivität) voneinander trennten und der Meinung seien, Ideologie und Wissenschaft hätten miteinander nichts zu tun. Im Frühjahr 1964 warf die Partei den mehr Freiheit fordernden Wissenschaftlern und Literaten Abweichungen von der Parteilinie vor. Nach Meinung des Parteiideologen Grzybowski

dürfe sich der echte Wissenschaftler von der Gesellschaft, in der er lebt, nicht isolieren. Das persönliche Interesse müsse er mit dem der Gesellschaft in Einklang bringen, wobei dem letzteren immer der Vorrang gewährt werden müsse.

Auch Viktor Koucký, Sekretär des Zentralkomitees der KPČ und Chefideologe der Partei, klagte während der Generalversammlung der Akademie der Wissenschaften der ČSSR (3. April 1964), daß einige Vertreter der Sozialwissenschaften Versuche unternommen hätten, die Parteilinie von rechts her zu revidieren. Die ideologische Kommission des Zentralkomitees der KPČ sei wegen der neuen Entwicklungstendenz auf dem Gebiet der Sozialwissenschaft sehr besorgt. Als abschreckendes Beispiel nannte Koucký die in Lidice abgehal-

tene Konferenz über die Fragen des Kampfes gegen die bürgerliche Ideologie. Hier wurde nämlich die Forderung gestellt, die politische Ökonomie — einen der Hauptpfeiler des Marxismus-Leninismus — aus den Lehren des Marxismus-Leninismus auszuklammern. Koucký klagte weiter darüber, daß in der Publizistik Meinungen aufgetaucht seien, wonach Wissenschaft und Ideologie miteinander unvereinbar seien. In den Geisteswissenschaften zeigten sich in der Tschechoslowakei Bestrebungen, die die Entwicklung der marxistischen Philosophie von der praktischen Politik der Partei trennen wollten. Dies käme einer Häresie gleich. Die Philosophen müßten — wie es die Partei von ihnen verlangt — sich für die Einheit der Philosophie und der Politik der Kommunistischen Partei einsetzen. Sie hätten die Aufgabe, für die organische Verschmelzung des fortschrittlichen Denkens und des revolutionären Handelns zu kämpfen. Die wissenschaftliche Forschung dürfe also nicht zum Selbstzweck werden. Wissenschaft und Wissenschaftler müßten dem Volk, das heißt der Partei dienen. Die Partei betrachtet sich als einzige richtige Vertreterin des Volkes.

Dies kommt auch in den Verfassungen der von Kommunisten regierten Staaten zum Ausdruck. Sie befürworten zwar die Förderung der Wissenschaft, jedoch nur unter der Bedingung, daß diese „dem Volk“ dient. Art. 62 der polnischen Verfassung von 1952 erklärt: „Die Volksrepublik Polen sorgt für die allseitige Entwicklung einer Wissenschaft, die sich auf die Errungenschaften des hervorragenden Gedankengutes der Menschheit und des fortschrittlichen polnischen Gedankengutes stützt, einer Wissenschaft, die im Dienst des Volkes steht.“ Art. 53 der ungarischen Verfassung

von 1949 lautet folgendermaßen: „Die Ungarische Volksrepublik unterstützt wirkungsvoll die wissenschaftliche Arbeit, die der Sache des Volkes dient, und die Kunst, die die Wirklichkeit, das Leben und den Kampf des Volkes darstellt und den Sieg des Volkes verkündet, und fördert mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Entwicklung einer dem Volk treu ergebenden Intelligenz.“ Es ist bemerkenswert, daß die sowjetische Verfassung von 1936 einen solchen Paragraphen nicht enthält. Das ist damit zu erklären, daß die großangelegte Förderung der Wissenschaft in der UdSSR erst viel später ihren Anfang nahm.

Neben der Wissenschaft soll auch die populärwissenschaftliche Literatur die Ideologie der Partei fördern. Die ideologische Kommission der ZK der KPdSU klagte Anfang 1964 darüber, daß die populärwissenschaftliche Literatur wenig Anziehungskraft besitze. Die aktuellen Probleme würden in ihr zu wenig beachtet. Das Niveau der philosophischen Auseinandersetzungen sei sehr niedrig. Es gäbe sogar einige Wissenschaftler, die halbausgearbeitete Thesen, ja sogar Hypothesen popularisierten, wodurch sie bei den Massen nur Verwirrung hervorriefen. Die populärwissenschaftlichen Broschüren und Zeitschriften über Technik und Naturwissenschaften beschränkten sich meist auf Fachprobleme und berücksichtigten nicht die Erläuterung von weltanschaulichen Problemen. Die Generalversammlung der Akademie der Wissenschaften beschloß im Oktober 1962, gemeinsam mit der Gesellschaft „ZNA-NIE“ eine populärwissenschaftliche Serie „Die Wissenschaft für die Massen“ herauszugeben. Sie hat die Aufgabe, die ideologischen und weltanschaulichen Probleme für die Massen zu deuten und zu verbreiten.

Wissenschaftliche Untermauerung der Außenpolitik

Laut kommunistischer Ideologie muß die Wissenschaft u. a. auch den Weg für die außenpolitische Zielsetzung der Partei ebnen. Die Rechts- und Geschichtswissenschaften müssen die einzelnen Probleme der friedlichen Koexistenz erörtern, um der sowjetischen Außenpolitik breite Bewegungsfreiheit für die dialektische Interpretierung zu gewähren. Die Aufgaben zur Erforschung der Geschichte und der heutigen Möglichkeiten der außenpolitischen Beziehungen der UdSSR wurden unter eine große Anzahl von wissenschaftlichen Instituten und Wissenschaftlern verteilt.

Die „Arabisten“ und ihre Fachkonferenzen in der Sowjetunion müssen sich nicht nur mit der Geschichte des Nahen Ostens, sondern auch mit der wissenschaftlichen Klärung der Möglichkeiten und Voraussetzungen der sowjetischen Außenpolitik im arabischen Raum befassen. An 30 sowjetischen Hochschulen werden Spezialisten für Afrika und Asien ausgebildet. Spezielle Institute, vor allem für die Erforschung Asiens und Afrikas, bereiten den Weg für die sowjetische Außenpolitik auf diesem Gebiet vor. Das Studium und die For-

schung der Afrika- und Asien-Spezialisten wird in drei Richtungen geführt:

- a) Politik und Wirtschaft,
- b) Geschichte,
- c) allgemeine Ideologie,

wobei die sowjetischen Ostforscher gegen den westlichen Einfluß auftreten müssen. Das Präsidium der Akademie der Wissenschaften der UdSSR machte auf seiner Sitzung vom 12. Februar 1965 die Erforschung der Entwicklungstendenz in den afrikanischen Ländern zu einer der Hauptaufgaben. Der Direktor des Afrika-Institutes in Moskau, Akademiemitglied V. G. Solodownikow, umriß in einem im Mai 1965 veröffentlichten Artikel die Aufgabe des Institutes folgendermaßen:

„Das Afrika-Institut muß alle Faktoren, welche auf die Entwicklung der afrikanischen Länder Einfluß ausüben, untersuchen. Die sowjetischen Afrikaspezialisten müssen sich vor allem mit folgenden Fragen auseinandersetzen: a) mit dem Gebiet der Wirtschaft, b) mit der Verallgemeinerung der Erfahrungen der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit der Sowjetunion mit den afrikanischen Ländern, c) mit der Erforschung der Ökonomie der einzelnen Länder, d) mit den Problemen der regionalen Integration in Afrika, e) mit der Mobilisierung von Kapital für die Förderung der Wirtschaft, f) mit den Problemen des Außenhandels, der ausländischen Schulen, g) der Beziehung zum privaten ausländischen Kapital usw. Das Institut hat die Aufgabe, die Entstehung von Klassen und politischen Parteien zu untersuchen. Es muß die ideologischen Aspekte des Klassenkampfes, die lokalen sozialistischen Doktrinen (z. B. ‚afrikanischer Sozialismus‘), die nationalen Interessen der einzelnen Länder, die Frage der afrikanischen Integration und der politischen Koordination erforschen. Von besonderem Interesse ist das Studium der afrikanischen Geschichte, denn diese ist ein ‚wichtiger Bestandteil des ideologischen Kampfes‘.“

Die wichtigsten Diskussionsthemen der sowjetischen Ostkunde waren im Jahre 1965 folgende:

- die allgemeine und besonders die politische Entwicklung des asiatischen Ostens (bzw. Afrikas und Lateinamerikas), vor allem die besonderen Aspekte der allgemeinen, objektiven Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft in diesen Gebieten;
- die asiatische Produktionsmethode;

— das Studium der Geschichte der östlichen Völker an den Hochschulen;

- Periodisierung der Geschichte des Ostens;
- humanistische Tendenzen in der wissenschaftlichen und schöngeistigen Literatur des Ostens;
- die Sprachgruppen der Ostvölker;
- die Sprachen in den afroasiatischen Ländern.

Nach der Fachzeitschrift für afroasiatische Probleme „Narody Azii i Afriki“ (Die Völker Asiens und Afrikas) konzentriert sich die Diskussion in den kommenden Jahren erneut auf politische und wirtschaftliche Probleme der afroasiatischen Länder.

Auch in Polen widmet der Staat den der Außenpolitik dienenden wissenschaftlichen Forschungen große Aufmerksamkeit, wobei es sich vor allem um die Verteidigung der Oder-Neiße-Linie und das deutsch-polnische Verhältnis handelt. Es wurde ein „Westinstitut“ für die erwähnten Aufgaben errichtet, und die Polnische Akademie der Wissenschaften veröffentlicht ständig Arbeiten aus diesem Forschungsgebiet. Sogar den vom Staat finanzierten „regionalen wissenschaftlichen Gesellschaften“ und ihren unmittelbar der Aufsicht und Kontrolle durch die Akademie der Wissenschaften unterstellten Instituten wurde als eine der wichtigsten Aufgaben der Kampf gegen die „westdeutsche revisionistische Propaganda“ gestellt (Institut für Schlesien in Oppeln, Schlesisches wissenschaftliches Institut in Kattowitz, das Baltische Institut, die wissenschaftlichen Gesellschaften von Danzig, Breslau, Posen und Thorn u. a.). Diese Gesellschaften und ihre Institute entfalteten besonders seit 1957 eine beachtenswerte politische Tätigkeit.

Die Wissenschaft hat besonders in der SBZ die Politik der kommunistischen Partei zu rechtfertigen. Die Wissenschaftler in der Sowjetzone werden gezwungen, u. a. für die Errichtung der Mauer in Berlin eine wissenschaftlich fundierte Begründung zu geben. Es heißt wörtlich:

„Im Morgengrauen des 13. August 1961 nahmen bewaffnete Organe der DDR gemeinsam mit den Kampfgruppen der Berliner Arbeiterklasse die Grenze gegenüber Westberlin zuverlässig unter Kontrolle. Damit war der abenteuerverhüllten imperialistischen Provokationspolitik der Weg verbaut. Jetzt gab es keine

Möglichkeit mehr, von Westberlin aus gegen die DDR Provokationen zu starten. Noch ehe die geplante Aggression begonnen hatte, war sie zusammengebrochen. Durch diese entschlossene Aktion rettete die DDR den Frieden in Mitteleuropa und damit auch in der Welt, denn aus den militärischen Handlungen der imperialistischen Kräfte hätte sehr leicht ein atomarer Weltkrieg entstehen können.

Mit dem 13. August 1961 zeigt sich der Bankrott der Deutschlandpolitik Adenauers ganz offen. War in der vorhergehenden Zeit bewiesen worden, daß die Versuche der ‚Aufwei-

chung‘ der DDR kein Ergebnis zeitigten, so war nun der Beweis dafür erbracht, daß auch die militärische Aktion mit dem Ziel, die imperialistische Macht nach Osten auszudehnen, keinerlei reelle Chance hatte. Den imperialistischen Kräften wurde sogleich die Möglichkeit genommen, die DDR ökonomisch zu schädigen und den Wirtschaftskrieg gegen den sozialistischen Aufbau fortzusetzen. Das reelle Kräfteverhältnis in der Welt wurde auch in Deutschland eindeutig sichtbar. Die ganze Gefährlichkeit, aber auch die Sinnlosigkeit der Bonner Politik lag offen zutage.“

Die Partei dirigiert die Wissenschaft

Die Einschränkung der Freiheit des Wissenschaftlers im Ostblock ergibt sich bereits aus der staatlichen Planung und der damit verbundenen Kontrolle. Der Wissenschaftler hat also nur einen beschränkten Raum für die Auswahl seiner Forschungsthemen; er ist an die im Forschungsplan aufgestellten Themen strengstens gebunden. Außerdem werden Wissenschaftler und Wissenschaft durch Parteileitung und -kontrolle noch viel mehr eingeeignet. Dabei muß betont werden, daß sowohl die durch die Planung als auch durch die Parteileitung und -kontrolle erfolgte Gebundenheit gerade erst im Aufbau begriffen ist. Es ist also anzunehmen, daß im Laufe der kommenden Jahre der Druck auf die Wissenschaftler noch größer sein wird und daß sie in ihrer Freiheit noch mehr eingeeignet werden als bisher.

Das am 31. Oktober 1961 angenommene neue Statut der KPdSU dehnt die *unmittelbare Leitung und Kontrolle* durch die Grundorganisationen der Partei auch auf die wissenschaftlichen Forschungsinstitute aus (was bis dahin nicht der Fall war), wenn ihre Tätigkeit mit der Wirtschaft verbunden ist, was meistens der Fall ist. Art. 59 des neuen Statuts besagt: „Die Grundorganisationen der Partei in den Industrie- und Handelsunternehmen, Staatsgütern, Kollektivwirtschaften, Projektierungs- und Konstruktionsbüros sowie Forschungsinstituten, die unmittelbar mit der Produktion verbunden sind, haben das Recht, die Tätigkeit der Betriebsleitung zu kontrollieren.“

Nach den gültigen Thesen des sowjetischen Verwaltungsrechts gehören Kontrolle und Leitung zusammen: „Wer leitet, der kontrolliert“ und umgekehrt. Die Tatsache, daß diese Parteikontrolle in staatlichen Rechtsnormen — in

den Normen des sogenannten äußeren Staatsrechts — nicht verankert wurde, ändert nichts an der Lage, denn praktisch sind die Normen des internen Staatsrechts, das heißt des Parteirechts, für das Funktionieren aller Organe im Staat maßgebend.

1. Die in den Forschungsinstituten tätigen Parteiorganisationen errichteten im Sinne des oben angeführten Paragraphen des Parteistatuts spezielle Kontrollkommissionen. So wurden allein in Leningrad 400 solcher Parteikommissionen mit etwa 2500 Kommunisten für die Kontrolle der Forschungsinstitute geschaffen.

2. Die „Kaderpolitik“ wird nicht nur in der Staats- und Wirtschaftsverwaltung, sondern auch in den Forschungsinstituten allein von der Partei bestimmt. Art. 2 Abs. „h“ des Parteistatuts vom 31. Oktober 1961 lautet:

„Das Parteimitglied ist verpflichtet, unentwegt die Weisungen der Partei über die Auslese der Kräfte nach ihrer politischen und fachlichen Eignung einzuhalten, stets unversöhnlich zu sein, wenn die Leninschen Prinzipien der Auslese und Erziehung der Kader verletzt werden ...“

Dieser Paragraph wirkt sich in der „Kaderpolitik“ der Forschungsinstitute so aus, daß die politisch Zuverlässigen und nicht die fachlich Geeigneten Vorrang haben. Im Institut für Wirtschaftswissenschaft der Unionsrepublik Moldau haben zum Beispiel 65 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter keine Hochschulbildung. Sie wurden auf Grund der „Vetternwirtschaft“ berufen. In der Akademie der Wissenschaften von Sowjetmoldau arbeiteten 1963 mehr als 100 Personen, die miteinander verwandt waren. Im Rechenschaftsbericht des XX. republikanischen Par-

teikongresses des ZK der KP von Sowjetland klagte man 1966 darüber, daß im Forschungsinstitut für Viehzucht die Abteilungsleiter und andere leitende Funktionäre auf der Basis der „Vetternwirtschaft“ ernannt wurden.

3. Die „Parteidisziplin“ ist die Gewähr dafür, daß die Parteikader die führenden Posten bekleiden und den Parteianweisungen unbedingt nachkommen. Artikel 2 Abs. „i“ des Statutes vom 31. Oktober 1961 besagt:

„Das Parteimitglied ist verpflichtet, die für alle Parteimitglieder im gleichen Maße bindende Partei- und Staatsdisziplin zu wahren. In der Partei besteht eine Disziplin, ein Gesetz für alle Kommunisten, unabhängig von ihren Verdiensten und Posten.“ Dieses Prinzip der „Parteidemokratie“ kann aber infolge des Zentralismus nicht zur Geltung kommen.

4. Die stark zentralisierte Struktur des Parteaufbaus trägt einerseits zur Festigung der zentralen Leitung der wissenschaftlichen Institute, andererseits aber zur Vervollkommnung der Leitung und Kontrolle durch die Partei bei. In Leningrad wurden bei den Bezirks-Parteikomitees für die im Bezirk befindlichen Forschungsinstitute spezielle „gesellschaftliche“ Parteikommissionen zur Förderung des technischen Fortschrittes errichtet. Alle höheren Parteiorgane haben eine Abteilung oder eine Gruppe innerhalb einer Abteilung oder mindestens eine gesellschaftliche Kommission für die Leitung und Kontrolle der wissenschaftlichen Institutionen. Sowohl im ZK der KPdSU als auch in den Zentralkomitees der Sowjetrepubliken gibt es spezielle Abteilungen für die Leitung der wissenschaftlichen Institute, Hochschulen und der Forschung. Während es vor einigen Jahren nur im Rahmen des ZK der KP Weißrußlands eine solche Abteilung gab, haben heute alle ZK eine entsprechende Abteilung errichtet. Daran ist zu erkennen, welche Bedeutung der wissenschaftlichen Forschung in der Sowjetunion beigemessen wird.

5. Es sind die Parteiorgane, die in ihren Beschlüssen die Aufgaben und Richtlinien der

Tätigkeit der wissenschaftlichen Organe bestimmen.

Die Grenzen der Parteileitung zu bestimmen, ist kaum möglich. Obwohl im Parteistatut betont wird, daß die Partei die Tätigkeit der staatlichen Verwaltung — in diesem Fall die Tätigkeit der Institutsleitung — nicht beeinflussen darf, kommt es in Wirklichkeit jedoch sehr oft vor, daß sich die Parteiorganisation in die Institutsarbeit einmischt und wichtige Entscheidungen fällt. Das offizielle Organ des ZK der KPdSU „Partijnaja Žizn“ schrieb (8/1965) in diesem Zusammenhang: „Leider ist es keine seltene Erscheinung, daß die Parteikomitees und das Parteibüro und ihre ständigen Kommissionen ihre Kompetenzen überschreiten. Es geschieht gewöhnlich in guter Absicht, um der Institutsleitung Hilfe zu leisten ...“

An den Hochschulen und Universitäten wurde im Rahmen des Parteikomitees der Hochschule bzw. der Universität eine ideologische Kommission ins Leben gerufen. Diese hat drei Sektoren:

1. für die Fragen des ideologischen Inhaltes der Vorlesungen,
2. für Agitation und Propaganda,
3. für kulturelle Arbeit unter den Massen.

An den sowjetischen Hochschulen wurden — ähnlich wie in den Betrieben, an Baustellen und wissenschaftlichen Forschungsinstituten — im Sinne des Beschlusses des Novemberplenums (1962) des ZK der KPdSU Gruppen und Posten für die Zusammenarbeit mit den Organen der Partei- und Staatskontrolle (seit Ende 1965 Volkskontrolle) gebildet. An den sowjetischen Hochschulen gab es 1965 21 Gruppen und 34 solcher Posten. Ihre Mitglieder sollen so ausgewählt werden, daß sie alle Gebiete der Lehre, der Forschung und der Verwaltung unter Kontrolle haben. In ihnen waren 1965 300 Personen tätig. Besondere Aufmerksamkeit wird der Kontrolle über die Qualität des Unterrichts zur Förderung der wissenschaftlichen Forschungen und deren Nutzung in der Produktion gewidmet.

Partei und Wissenschaft am Beispiel Polens

Auch in den Volksdemokratien hat sich das gleiche Verhältnis zwischen Partei und Wissenschaft entwickelt. Es wird betont, daß die Parteiführung nicht als eine administrative Leitung aufgefaßt werden dürfe, daß die Wis-

senschaftler auch auf eigene Initiative handeln könnten und daß sie nicht immer auf Parteianweisung warten müßten. Die Wissenschaftler sollten den Parteiorganen vielmehr Empfehlungen unterbreiten, nach denen dann die

Partei ihre Beschlüsse faßt. In Wirklichkeit bleibt dies nur eine These.

Das offizielle Organ des polnischen ZK „Zycie partii“ („Parteileben“, 12/1965) erklärte im Zusammenhang mit der Arbeit der Partei an den Hochschulen, daß die Parteiorganisationen an den Hochschulen und Universitäten auf zwei Gebieten zu arbeiten haben. Einerseits sollen sie sich für die Heranbildung von jungen Akademikern einsetzen und die Kontakte zwischen Wissenschaft und Produktion fördern. Andererseits müssen sie die ideologisch-politische Gesinnung der Wissenschaftler festigen. Beide Hauptaufgaben hängen miteinander eng zusammen.

Eine Schwierigkeit entsteht jedoch infolge der (beschränkten) Autonomie der Hochschulen und Universitäten. Die Rektoren und Dekane werden zwar gewählt, die Partei muß aber dafür sorgen, daß vom Recht auf die Wahlen „richtig und den Interessen der Gesellschaft“ entsprechend Gebrauch gemacht wird.

Die Parteiorganisationen sollen sich für die richtige Auslegung des Begriffes „Hochschulautonomie“ einsetzen. „Es gibt unrichtige Meinungen, wonach diese die Autonomie einzelner Hochschulen und Lehrstühle bedeutet und nicht des gesamten Hochschulwesens.“ Eine weitere Aufgabe der Parteiorganisationen an den Hochschulen und Universitäten ist die Sorge für die Vervollkommnung der Organisation der Arbeit sowie der gesamten Struktur des Hochschulwesens.

Es ist die Partei, die die wissenschaftlichen Aufgaben bestimmt. Das ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei legte in seiner Sitzung im Frühjahr 1965 die Aufgabe der Partei bezüglich der wissenschaftlich-technischen Basis in der Volkswirtschaft folgendermaßen fest:

„I. Die wichtigsten Aufgaben der wissenschaftlichen Forschungsinstitute und Zentrallaboratorien in der Industrie

1. Die ganze Forschungs- und technische Kapazität der Institute und Laboratorien muß für die Lösung der Aufgaben mit den gegenwärtigen und Perspektivbedürfnissen der Industrie verbunden sein. Die Tätigkeit der wissenschaftlichen Institutionen muß zur Beseitigung der veralteten, unwirtschaftlichen und die Entwicklung erschwerenden technologischen Verfahren, zur Vervollkommnung der Organisationsmethoden der Produktion beitragen.

2. Die wissenschaftlichen Institutionen müssen beauftragt werden, das technische Niveau

der Industrie zu prüfen und mit dem Ausland zu vergleichen.

3. Die wissenschaftlichen Institutionen müssen eine breite Tätigkeit auf dem Gebiet der Information, der Ausbildung von Forschern, Konstrukteuren und Technologen entfalten, wobei sie sowohl die inländische als auch die ausländische Entwicklung berücksichtigen müssen.

II. Die Koordinierung der wissenschaftlichen Forschungsstellen und die Ausnutzung ihrer Erfolge

1. Die Ministerien und Industrievereinigungen müssen sowohl für die Arbeit in den ihnen unterstellten wissenschaftlichen Institutionen als auch für die Einführung der Errungenschaften der Forschungen in der Produktion die Verantwortung tragen.

2. Die Tätigkeit der wissenschaftlichen Institutionen muß danach bewertet werden, wie weit sie zur Förderung der Technik in der Industrie beitragen.

3. Die Ministerien und die Industrie-Vereinigungen müssen die Forschungen in den ihnen unterstellten wissenschaftlichen Institutionen koordinieren, und zwar vom Beginn der Forschung bis zur Einführung der Forschungsergebnisse in die Produktion.

III. Planung und Organisation der Arbeit in den wissenschaftlichen Forschungsstätten

1. Die Arbeitspläne der Institute müssen auf die Entwicklungspläne der entsprechenden Industriebranchen abgestimmt werden. Die Planentwürfe der Institute müssen allen interessierten Betrieben zur Verfügung gestellt werden. Die Ministerien und Industrie-Vereinigungen müssen die Planentwürfe prüfen und bestätigen, wobei sie dafür sorgen müssen, daß dieselben Themen nicht zweimal bearbeitet werden. Die Tätigkeit der Ministerien und Industrie-Vereinigungen muß auf eine maximale Konzentration der Kräfte und Mittel in den Forschungsinstitutionen für die Lösung der wichtigsten Forschungsprobleme ausgerichtet sein ...

IV. Die Förderung der wissenschaftlich-technischen Basis

1. Das Komitee für die Förderung der Wissenschaft und Technik muß die Ausmaße und die Struktur der technischen Basis der einzelnen Industriezweige prüfen. Auf Grund dieser Prüfung muß das Programm für die Aufhebung der Disproportionen ausgearbeitet werden.

Parallel muß ein Plan für die Garantie der entsprechenden Grundlage für alle Industriebranchen laufen ..."

In dem Beschluß des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei wird darüber geklagt, daß die Kontakte zwischen den Instituten und der Industrie noch immer nicht genügend geregelt wurden. In vielen wissenschaftlichen Institutionen beobachtet man noch Partikularismus, thematische Aufspaltung, und die Forschungsaufgaben würden von geringer wirtschaftlicher Effektivität erfüllt.

Der Theorie nach sollte die Partei die störungsfreie, disziplinierte und zentralgeleitete Arbeit der Institute garantieren. In der Tat sind es aber gerade die Parteiorganisationen, die die Tätigkeit der Institute erschweren. Die höhere Parteiführung lehnt zwar „jene Methode, bei der den Wissenschaftlern kurzfristige Anordnungen erteilt werden ... ab“, in der Praxis läßt sich dies jedoch kaum vermeiden. Da die Parteimitglieder sich vor der Partei für ihre im Institut geleistete Arbeit zu verantworten haben, kann eine „Kommandierung“ — wie es im Parteistatut heißt — nicht ausbleiben.

Vaclav Rab klagte in einem 1964 veröffentlichten Aufsatz darüber, daß sich einige Genossen fragen, wem sie verantwortlich sind: der Wissenschaft, den wissenschaftlichen Tatsachen, der wissenschaftlichen Analyse, der Partei oder dem Zentralkomitee.

„Ich muß schöpferisch arbeiten, wenn die Resultate meiner Forschungsarbeiten zu neuen Kenntnissen führen sollen, die von der Parteistellungnahme abweichen ... Es ist nicht möglich“, schreibt Vaclav Rab weiter, „die schöpferische theoretische Arbeit auf dem Gebiet der sozialen Forschungen der Parteiverantwortung und der Parteidisziplin eines Kommunisten-Theoretikers gegenüberzustellen. Außerdem darf nicht vergessen werden, daß der Theoretiker auf dem Gebiet der Sozialwissenschaften ein Teil und ein Instrument der Parteiarbeit ist, dessen Aufgabe es ist, Kenntnisse zu sammeln. Er entwickelt die Wissenschaften im Interesse der Partei. Die Ergebnisse seiner Arbeit dienen der Partei. Es gibt also keine objektiven Bedingungen für die Entstehung und Existenz von scharfen Gegensätzen zwischen der theoretischen Forschung und der praktischen Tätigkeit der Partei, denn

beide dienen dem gleichen Zweck. Außerdem sind die Wissenschaftler nicht die einzige Quelle für die Sammlung von Kenntnissen. Es ist also allein die Partei, die fähig ist, die Sozialwissenschaften zu entwickeln.“

Es muß festgestellt werden, daß die Parteimitglieder fachlich oft hinter den parteilosen Wissenschaftlern zurückbleiben. Bei den Parteimitgliedern werden Kenntnisse durch die Parteizugehörigkeit ersetzt.

Die Parteimitglieder sind meist mit „gesellschaftlicher Arbeit“ überlastet; sie müssen laufend verschiedenen Sitzungen beiwohnen. Das war u. a. der Grund, weshalb die Parteilosen im Budapester Forschungsinstitut für Physik (1962) den Beitritt zur Partei einem Rückfall auf wissenschaftlichem Gebiet gleichstellten.

In den Leningrader Forschungsinstituten sind etwa 20 Prozent aller Sekretäre der Parteiorganisation in den wissenschaftlichen Instituten Träger eines akademischen Titels (wie sie in den Besitz dieses Titels kamen, wird nicht erwähnt!). Die Planerfüllung von Wissenschaftlern und Forschungsinstituten wird nur von zuverlässigen Kommunisten geprüft. Sie sind verantwortlich für die weltanschauliche „Entwicklung“ der parteilosen Wissenschaftler. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß die Parteizugehörigkeit nicht unbedingt verlangt wird. Aus manchen Berichten kann man sogar darauf schließen, daß man keinen Wert darauf legt, daß die Vertreter der technischen Wissenschaften in die Partei eintreten.

Die Parteiführung in der Wissenschaft hat zur Folge, daß einige Parteimitglieder manche Gebiete der Wissenschaft „monopolisieren“, alle übrigen Vertreter des betreffenden Wissenschaftsgebietes, besonders wenn sie parteilos und begabt sind, unterdrücken und von der wissenschaftlichen Führung fernhalten. Die Partei betrachtet also, sowohl in der Volkdemokratien als auch in der Sowjetunion, Wissenschaft und Wissenschaftler als ihre wichtigsten Helfer bei der Ausarbeitung der Theorie und der Praxis der Erziehung des neuen Menschen, des „kommunistischen Menschentyps“. Die Wissenschaftler müssen einen ständigen Kampf gegen alles, was der sozialistisch-kommunistischen Entwicklung im Wege steht, führen.

Die Staaten des Ostblocks streben seit einigen Jahren eine engere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft an. Diese umfaßt in erster Linie die technischen und Naturwissenschaften. Das Ziel ist die Aufhebung der parallelen Forschungen bzw. die Koordinierung der Forschungsarbeiten.

Zur Förderung der Zusammenarbeit gibt es im Ostblock zwei Wege:

1. die zweiseitigen Vereinbarungen,
2. die vielseitigen Vereinbarungen.

Beide Wege werden mit der gleichen Intensität betrieben. Die Zusammenarbeit der Akademien der Wissenschaften der Ostblockländer hat sich in der ersten Periode auf Grund von zweiseitigen Verträgen entwickelt. Im Februar 1965 wurde zwischen den Vertretern der tschechischen Kommission für die Förderung und Koordinierung der Wissenschaft und Technik und dem polnischen Komitee für die Förderung der Wissenschaft und Technik in Prag ein Abkommen getroffen.

Die Verhandlungen konzentrierten sich auf das Programm der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit in den Jahren von 1966 bis 1970 sowie auf die Methoden zur Erfüllung der gestellten Aufgaben. Außerdem wurden die wichtigsten Richtlinien der Zusammenarbeit in den einzelnen Wissenschaftszweigen vereinbart. Für die Koordinierung von wichtigen Aufgaben wurden gemeinsame wissenschaftlich-technische Räte gebildet. Wichtige Aufgaben sollen von gemischten Arbeitsgruppen gemein gelöst werden. Es wurde ferner vereinbart, daß das Forschungsinstitut eines Landes die Resultate der Forschungen dem anderen Land zur Verfügung stellt. Eine unmittelbare und enge Zusammenarbeit zwischen dem Polnischen Komitee und der Tschechoslowakischen Kommission wurde beschlossen. Die gemeinsam durchzuführenden Forschungen sollen unter der Kontrolle dieser Organe durchgeführt werden. Diese Forschungen umfassen u. a. die Automation in der Hüttenindustrie und einige Gebiete der chemischen Industrie. Bereits Ende November 1963 wurde ein tschechoslowakisch-sowjetisches Abkommen über die Errichtung einer tschechoslowakisch-sowjetischen Regierungskommission für die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit unterzeichnet. Hauptaufgabe des neuen Organs ist die Erweiterung der wissenschaft-

lichen Beziehungen, und zwar im Sinne der internationalen Arbeitsteilung. Eine der Hauptaufgaben der Kommission ist die Lösung der mit der Koordinierung der Perspektivpläne und der kurzfristigen Pläne zusammenhängenden Probleme. Die Errichtung der Kommission hat besondere Bedeutung, da die Perspektivpläne bis 1970 ausgearbeitet werden sollen. Die Kommission soll die Spezialisierung und Kooperation auf den wichtigsten Gebieten der industriellen Produktion durchführen (vor allem in der Brennstoffindustrie, in der Energetik und in der Eisenverhüttung, in der Buntmetallindustrie, im Maschinenbau, in der chemischen und Konsumgüterindustrie und im Verkehr).

Zwischen den beiden Ländern bestand schon seit Jahren eine rege wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf Grund eines Abkommens vom Jahre 1947. Die neue Kommission soll die Erfolge und Erfahrungen dieser Zusammenarbeit weiter ausbauen. Man rechnet damit, daß die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der wirtschaftlichen Arbeit eng verbunden wird. Das neue Organ soll „fortschrittliche Formen“ der Zusammenarbeit anwenden, vor allem bei der Koordinierung der Tätigkeit der wissenschaftlichen Forschungsinstitute und beim Austausch von Forschungsergebnissen. Es soll ferner den unmittelbaren Kontakt zwischen den Forschungsinstituten und Projektierungs- und Planungsinstitutionen beider Länder entwickeln. Die Beschlüsse der Kommission sollen zum breiten Austausch der Produktionserfahrungen wesentlich beitragen. Die Kommission führt ihre Tätigkeit im Sinne des Statuts des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) aus. In der Kommission sind auch leitende Funktionäre Mitglied. Der tschechoslowakischen Kommission gehören u. a. zwei Vizeministerpräsidenten, der Außenhandelsminister, der Minister für Hütten- und Maschinenindustrie und der Präsident der staatlichen Kommission für die Koordinierung der Wissenschaft und Technik an.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Kommission ist also die Ausarbeitung der wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder bis 1970 und die Spezialisierung der tschechoslowakischen Maschinenbauindustrie.

In letzter Zeit ist man immer mehr bemüht, „eine internationale sozialistische Arbeitsteilung“ auf dem Gebiet der Wissenschaft auf

Grund vielseitiger Verträge einzuführen. Die Grundlage für eine solche Zusammenarbeit wurde im März 1962 in Warschau anlässlich der Konferenz der Vertreter mehrerer Akademien der Wissenschaften geschaffen. Seitdem wurden weitere drei Konferenzen abgehalten, die letzte im Dezember 1964 in Moskau. Die Koordinierung der vielseitigen wissenschaftlichen Zusammenarbeit übernimmt immer eine der Akademien, in der Praxis die des Landes, in dem die betreffende Konferenz stattgefunden hat. Bei diesen Konferenzen werden die gemeinsamen Forschungspläne und -themen aufgestellt bzw. die Resultate der gemeinsamen Forschungen geprüft.

Die Zusammenarbeit der polnischen Akademie der Wissenschaften mit dem Ausland entwickelte sich in den letzten Jahren recht günstig. Zwischen 1952 und 1964 fuhren etwa 10 000 polnische Wissenschaftler ins Ausland. Während der gleichen Zeit kamen mehr als 9000 ausländische Wissenschaftler nach Polen. Die Zusammenarbeit mit den Akademien der Ostblockstaaten wird vor allem im Rahmen von Jahresplänen oder Zweijahresplänen geregelt. Von großer Bedeutung ist die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses auf Grund von Austauschstipendien und eigenen Stipendien. Polen hat bereits 1964 für die wissenschaftliche Zusammenarbeit Vereinbarungen mit der UdSSR, Bulgarien, der ČSSR, der SBZ, Rumänien, Jugoslawien, Kuba und der Mongolei getroffen.

Die Polnische Akademie der Wissenschaften entwickelte ihre Beziehungen ebenfalls zu den westlichen Ländern. Sie entsandte 1963 in 25 Länder Wissenschaftler; 31 westliche Wissenschaftler hielten sich für längere Zeit in Polen auf.

Besonders gute Kontakte wurden zur Französischen Akademie der Wissenschaften angeknüpft. Die Polnische Akademie der Wissenschaften hat in Paris ein eigenes wissenschaftliches Büro. Eine ähnliche Stelle existiert auch in Rom. Günstig entwickelte sich die Zusammenarbeit auch mit Österreich, Belgien, Holland und mit den skandinavischen Ländern.

Bezüglich der wissenschaftlichen Zusammenarbeit hat die Tschechoslowakei auch mit den westlichen Ländern, und zwar mit Italien, Frankreich und Großbritannien, Abkommen getroffen. Diese Abkommen beziehen sich vor allem auf gegenseitige Information, den Austausch von Gelehrten und Wissenschaftlern und den Ankauf von Patenten. Die Beziehungen der Tschechoslowakischen Akademie

der Wissenschaften zu der Bundesrepublik Deutschland wurden wesentlich verbessert.

Die Sowjetunion ist besonders bestrebt, eine intensive Zusammenarbeit mit den unterentwickelten Ländern herzustellen; dieser Aufgabe dient z. B. das Afrika-Institut.

Die Schwierigkeit der internationalen Kontaktnahme im Ostblock liegt in erster Linie darin, daß sie völlig vom Staat abhängt. Dies hängt nicht nur mit der Paßregelung und der Devisenwirtschaft, sondern auch mit der Hinderung der Kontaktnahme auf andere Weise zusammen. Die Kontaktnahme ist nur über die zuständigen staatlichen Organe möglich. Sogar in Polen, wo in dieser Beziehung weit aus die größte Freiheit gewährt wird, ist der Koordinator des wissenschaftlichen Austausches, der von den einzelnen Ressorts der Polnischen Akademie der Wissenschaften, den Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten organisiert bzw. initiiert wird, das Außenministerium. Das Außenministerium führt auch eine ständige Kontrolle über die Entwicklung der wissenschaftlichen Beziehungen zum Ausland. Der unmittelbare Leiter und Kontrolleur ist in den meisten Ostblockstaaten das Amt (auch Institut genannt) für kulturelle Beziehungen zum Ausland.

Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften wird meist in Form von Arbeitsteilungen zwischen den einzelnen wissenschaftlichen Institutionen des Ostblocks gefördert. Zu diesem Zweck werden Konferenzen für die Vertreter der einzelnen Nationalen Akademien der Wissenschaften abgehalten. Ähnliche Konferenzen werden auch für die Leiter der einzelnen nationalen Institute für Staats- und Rechtswissenschaften, Philosophie, Geschichtswissenschaften einberufen. Außerdem gibt es noch eine sich auf Verträge stützende Zusammenarbeit zwischen allen bereits erwähnten Institutionen. Man ist neuerdings bemüht, diese zweiseitige Zusammenarbeit auf vielseitige umzuschalten. Diese Verträge haben aber — genau so wie die mehrseitigen Verträge — einen planmäßigen Charakter. Die zweiseitigen Verträge, z. B. zwischen den einzelnen Akademien der Wissenschaften, bilden eigentlich einen Teil der vielseitigen Vereinbarungen aller Akademien der „sozialistischen“ Länder.

Es sind u. a. die ständigen Kommissionen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) für die einzelnen Wirtschaftsgebiete, die, parallel zu den Wirtschaftsproblemen, auch die gemeinsamen Forschungen regeln und gemein-

same Forschungsaufgaben aufstellen. Die XV. Session des RGW (1962) stellte sogar eine ständige Kommission für die Koordinierung der wissenschaftlichen und technischen Forschungen auf, die für die Förderung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, für die Koordinierung der Zusammenarbeit bei den wichtigsten Forschungsaufgaben, die den übrigen gegenüber einen Vorrang haben müssen, einen speziellen Plan ausarbeiten. Abgesehen von den kurzfristigen Plänen muß die Kommission auch einen langfristigen Plan bis 1980 ausarbeiten.

Außerdem haben auch die nationalen Organe für die Förderung der wissenschaftlichen Forschungen die Aufgabe, die internationale Zusammenarbeit zu intensivieren. Dies betrifft vor allem die Komitees für die Koordinierung der wissenschaftlichen Forschungen und die Akademien der Wissenschaften, die für diesen Zweck spezielle Abteilungen errichtet haben. Zwischen den Instituten und den Redaktionen der Zeitschriften für Philosophie der Ostblockländer entwickelten sich, besonders nach dem XX. Parteikongreß der UdSSR, lebhaftere Beziehungen im gemeinsamen ideologisch-theoretischen Kampf gegen die bürgerliche Philosophie und Soziologie, gegen den „Reformismus“, „Revisionismus und Dogmatismus“, im Dienste der gemeinsamen Ausarbeitung der philosophisch-theoretischen Probleme (Aufbau

des Sozialismus und Kommunismus, Charakter und Widersprüche des modernen Kapitalismus usw.) und der Organisation von kollektiven Arbeiten unter den Wissenschaftler-Kollektiven der „sozialistischen“ Länder. Die erste Konferenz für die Vertreter der philosophischen Zeitschriften der Ostblockländer wurde auf sowjetzone und tschechoslowakische Initiative Anfang 1962 in Leipzig abgehalten; die zweite Konferenz im Mai 1965 in Lidice (ČSSR). Eine weitere Konferenz wurde nach Varna (Bulgarien) einberufen. Bei der Lösung der gemeinsamen Forschungsaufgaben auf technischem Gebiet kommt der SBZ eine spezielle Bedeutung zu. Im Jahre 1962 war hier der Prozentsatz der international koordinierten Forschungsthemen zur Gesamtzahl der Forschungen folgendermaßen: in der Elektroenergetik 25, in der Kohlenindustrie 10, in der Maschinenindustrie 40 bis 70, in der chemischen Industrie 5 bis 10, in der Leicht- und Lebensmittelindustrie 50, im Transport 20 usw. Der von der ständigen RGW-Kommission für Eisenverhüttung zusammengestellte internationale Forschungsplan für 1964—1965 umfaßte 75 Themen. Sie gehörten in erster Linie in das Gebiet der Automation. Während für die Koordinierung der Forschungen auf technischem Gebiet eine spezielle internationale Zentralstelle errichtet wurde, gibt es keine für die Sozial- und Geisteswissenschaften.

Die Rolle der Wissenschaft bei der Ost-West-Auseinandersetzung

Im Sowjetblock legt man neuerdings großen Wert darauf, daß die Wissenschaftler gute Beziehungen auf internationalem Gebiet unterhalten. „Die Sowjetjuristen müssen auf internationaler Ebene öfters auftreten: keine internationale Konferenz und kein internationaler Kongreß über Rechtsfragen darf“ — nach der Meinung von Piontkowski — „ohne Sowjetjuristen abgehalten werden.“

Die Teilnahme der Juristen des Ostblocks an solchen Veranstaltungen ist „von großer politischer Bedeutung“. Es wird ihnen nahegelegt, in ausländischen Zeitungen und Zeitschriften Artikel zu veröffentlichen. Sie sollen ihre wichtigsten Werke auch in Fremdsprachen herausgeben. Die Aktivierung des Kampfes gegen die „imperialistische juristische Ideologie“ erfordert auch die Erhöhung der theoretischen Kenntnisse der sowjetischen Rechtswissen-

schaftler. Die Wissenschaftler des Ostblocks müssen die Überlegenheit der kommunistischen Ideologie beweisen und auf die ideologische Armut des Antikommunismus hinweisen. Das Juniplenium des ZK der KPdSU (1964) stellte die Aufgabe, das ideologische Niveau zu erhöhen und die ideologische Arbeit zu vertiefen. Um diesen Beschluß verwirklichen zu können, muß das Niveau der sowjetischen Rechtsliteratur — so heißt es — ständig erhöht werden. Die Überreste des „Personenkultes“ in der Wissenschaft müssen behoben werden.

Lenin verlangte in seinem Artikel „Über die Bedeutung des militanten Materialismus“, daß die Naturwissenschaftler eine tiefe philosophische Bildung haben müssen. Nach Meinung der Sowjetjuristen bezieht sich diese Forderung Lenins „... noch mehr auf die Juristen, denn ohne diese kann der Kampf gegen die

bürgerliche Rechtsideologie nicht gewonnen werden.“ Grundprobleme, wie zum Beispiel die Kausalität im Recht, die Willensfreiheit, die Verantwortung und die Schuld, die Wahrheit müssen vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus untersucht werden. Das falsche Konzept über Schuld diskreditiere nach Meinung der Prawda (25. Juni 1964) die sowjetische Rechtswissenschaft und rechtfertige die Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit.

Vor allem müsse das Niveau der Rechtstheorie gehoben, die Methoden der materialistischen Dialektik für die Anwendung des Rechtes ausgearbeitet, die allgemeine Bildung der Rechtswissenschaftler erhöht und der Geschichte der Philosophie größere Aufmerksamkeit gewidmet werden — fordert das Juniplenium 1964 des ZK der KPdSU. Seit einigen Jahren versucht die sowjetische Rechtswissenschaft, die im Ausland erschienene antisowjetische Literatur viel intensiver zu bekämpfen.

Vor allem wird zu der westlichen Auslegung des Begriffes der „Parteilichkeit“ Stellung genommen. „Die Parteilichkeit bedeutet in der Sowjetunion nicht, wie man im Westen behauptet, daß die Parteimitglieder Privilegien haben.“ Die offizielle Erklärung hierüber lautet: „Die KPdSU ist der Vortrupp des Volkes, sie stützt sich auf die sozialpolitische und ideelle Einheit der Sowjetgesellschaft. Die Verankerung dieses Prinzips in der Sowjetverfassung wird von der Gesetzmäßigkeit der Entwicklung des sowjetischen Verfassungssystems bestimmt: dies wurde im Jahre 1919 auf dem VIII. Kongreß der KP Rußlands festgelegt. Der Inhalt dieser Gesetzmäßigkeit besteht darin, daß ‚die Partei ihre Beschlüsse im Rahmen der Sowjetverfassung durch die Sowjetorgane ausführen (lassen) soll‘, daß die Partei bestrebt ist, ‚die Tätigkeit der Sowjets zu leiten, sie aber nicht zu ersetzen‘. Unter den Bedingungen des Kapitalismus kann die Parteilichkeit der Verfassung nur eine bürgerliche sein. Die Verankerung der bürgerlichen Parteilichkeit in der Verfassung bedeutet, daß im Gesetz nur der Wille einer Mehrheit, die 1—4 Prozent der Bevölkerung ausmacht, zum Ausdruck gebracht wird.“

Es wäre falsch abzuleugnen, daß im Ostblock auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschungen große Erfolge erzielt wurden. Diese Erfolge sind vor allem der staatlichen Förderung zu verdanken. Es ist eine Tatsache, daß das kommunistische System ausgedehnte Propaganda für die Wissenschaftler entfaltet, die darauf abzielt, den Wissenschaftlern gesell-

schaftliche Autorität und allgemeines Ansehen zu verschaffen. Die Wissenschaftler sind sowohl ideell als auch materiell viel besser gestellt als alle übrigen Schichten der Gesellschaft. Neben den Sportlern sind sie die populärsten Menschen in den Ostblockstaaten. Die staatliche Förderung und die wissenschaftlichen Erfolge zeigen eine gewisse Parallelität: jene Gebiete der wissenschaftlichen Forschung, denen eine größere staatliche Förderung zukommt, weisen auch größere Erfolge auf. Diesbezüglich muß man vor allem die Mitarbeiter der Institute der Kriegstechnik jeder Art erwähnen.

Die wissenschaftlichen Erfolge der Ostblockstaaten beweisen eindeutig, daß es sich lohnt, die Entwicklung hinter dem Eisernen Vorhang intensiv zu verfolgen. In der Ost-West-Auseinandersetzung kommt der Wissenschaft aller Wahrscheinlichkeit nach eine viel größere Rolle zu, als man heute annimmt.

Über die Wissenschaft im Kommunismus kann zusammenfassend festgestellt werden:

1. Die Wissenschaft im Kommunismus ist eine staatliche Angelegenheit, die wissenschaftlichen Forschungsstätten und Verwaltungsorgane sind Regierungsstellen.
2. Die Wissenschaft muß — als Element des ideologischen Überbaus — die Entwicklung der Basis, die Wirtschaft, fördern.
3. Alle wissenschaftlichen Forschungsstätten, Verwaltungsorgane und alle wissenschaftlichen Forschungen werden praktisch unbeschränkt von der Partei geleitet und kontrolliert.
4. Vernachlässigte Wissenschaften, wie die Geistes- und Sozialwissenschaften, drängen nach vorn und werden unter neuen Gesichtspunkten erforscht. Ein besonderes Problem ist für die Kommunistische Partei die Soziologie, die seit Stalins Tod mit immer steigender Intensität betrieben wird.

Im freien Westen wird der wissenschaftlichen Forschung die absolute Freiheit garantiert: der Wissenschaftler ist von niemandem abhängig. Er wird weder bei der Auswahl des von ihm zu erforschenden Gebietes noch bei den Forschungsmethoden eingeengt. So können die Wissenschaftler im freien Westen ihre Ergebnisse in den Dienst der Menschheit — ohne Rücksicht auf ideologische Einstellung, Rasse und Nationalität — stellen. Dagegen ist die Wissenschaft im Kommunismus unfrei und streng gebunden. Die Kommunistische Partei bestimmt Aufgaben, Richtlinien und oft sogar die Ergebnisse der Wissenschaft.